





Verwaltung

Herr Müller  
Herr Hagedorn  
Herr Feix

Herr Markus

Herr Hanke

Herr Heibrock

Herr Linnenbürger

Herr Lewald  
Herr Burkat

Schriftführung

Frau Markwart

Amt für Schule  
Bauamt  
Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -  
Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -  
Amt für Jugend und  
Familie - Jugendamt -  
Amt für Jugend und  
Familie - Jugendamt -  
Büro für Integrierte  
Sozialplanung und  
Prävention  
Stab Dezernat 4  
Büro für Integrierte  
Sozialplanung und  
Prävention

Amt für soziale Leistungen  
- Sozialamt -

## Öffentliche Sitzung:

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Baum begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Aufgrund einer nichtöffentlichen Mitteilung wird die Tagesordnung entsprechend erweitert.

-.-.-

#### **Zu Punkt 1**      **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

-.-.-

#### **Zu Punkt 2**      **Genehmigung der Niederschrift über die 3. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 26.11.2014**

##### **Beschluss:**

**Die Niederschrift über die 3. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 26.11.2014 wird nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

#### **Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

##### **Zu Punkt 3.1**      **Monitoring-Stelle kritisiert fehlende Weichenstellung zur schulischen Inklusion**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den mit der Einladung versandten Presseartikel.

Frau Röder bedankt sich für die überregionalen Informationen und bittet darum, solche auch künftig weiterzugeben. Sie bemerkt anerkennend, dass Nordrhein-Westfalen und insbesondere auch Bielefeld in der schulischen Inklusionsumsetzung schon auf einem vorbildlichen Weg seien, obwohl noch viel zu tun sei.

-.-.-

**Zu Punkt 3.2**      **Projekt barrierefrei-studieren.de**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Anlage.

---

**Zu Punkt 3.3**      **Wohnungsmarktbericht NRW 2014**

Der Wohnungsmarktbericht NRW 2014 kann in der Geschäftsstelle eingesehen werden.

---

**Zu Punkt 3.4**      **E-Scooter**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung. Frau Hammes-Hofmann berichtet über ein Gespräch mit einer Betroffenen. Herr Jung weist darauf hin, dass es auch bei anderen Fahrzeugen wie Kinderwagen oder Rollatoren keine hundertprozentige Sicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln gäbe.

---

**Zu Punkt 3.5**      **Stadttheater sucht Interviewpartner**

Frau Lawrenz teilt mit, dass das Stadttheater Bielefeld für ein Theaterprojekt zum Thema „Liebe und Beziehung“ nach Gesprächspartnern suche und verweist auf die ausliegenden Flyer.

---

**Zu Punkt 4**      **Anfragen**

**Zu Punkt 4.1**      **Menschen mit Behinderung bei der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachennummer: 0855/2014-2020

**Zu Punkt 4.1.1**      **Antwort des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort des Amtes für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen.

Herr Heuer stellt weitere Fragen an das Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen:

- Wie sieht die Altersstruktur bei den behinderten Beschäftigten aus?
- Wie viele Personen in den Rubriken sind mehrfach genannt?
- Warum sind bR-Stellen unbesetzt?

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, die Anfrage in der kommenden Sitzung auf die Tagesordnung zu nehmen und Herrn Schachtsiek und Frau Hammes dazu einzuladen.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

## **Zu Punkt 4.2 DIN-Normen in Ämtern**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0853/2014-2020

### **Zu Punkt 4.2.1 Antwort des Immobilienservicebetriebes**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort des Immobilienservicebetriebes und bittet zusätzlich um die Information, welche für Menschen mit Behinderungen relevante DIN-Normen dem Amt für Verkehr vorliegen (insbesondere in Bezug auf Barrierefreiheit).

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-----  
*Herr Fabian, Amt für Verkehr, informiert im Nachgang der Sitzung darüber, welche DIN-Normen im Amt für Verkehr vorhanden seien:*

- *DIN 32975 – Gestaltung visueller Informationen im öffentlichen Raum zur barrierefreien Nutzung; 12.2009.  
Berichtigung vom 07.2012 zu DIN 32975 12.2009.*
- *DIN 32981 – Zusatzeinrichtungen für Blinde und Sehbehinderte an Straßenverkehrs-Signalanlagen (SVA); 11.2002*
- *DIN32984 – Bodenindikatoren im öffentlichen Raum; 10.2011*

-.-.-

**Zu Punkt 4.3 Einfluss des Beirates für Behindertenfragen auf Landes- bzw. Bundesstraßen innerhalb Bielefelds**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer: 0854/2014-2020

**Zu Punkt 4.3.1 Antwort des Amtes für Verkehr**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort vom Amt für Verkehr und bittet um die zusätzliche Auskunft, welchen Einfluss der Beirat auf Gebäude in Bielefeld habe, die dem Land gehörten.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-----  
*Herr Spengemann, Immobilienservicebetrieb, teilt im Nachgang der Sitzung mit, dass der Immobilienservicebetrieb der Stadt Bielefeld keine Immobilien des Landes bewirtschaftet. Die Bewirtschaftung der landeseigenen Immobilien erfolge in Bielefeld durch den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, August-Bebel-Str. 91, 33602 Bielefeld. Insofern habe der Beirat für Behindertenfragen keinen direkten Einfluss auf diese Gebäude, sondern müsse sich im Einzelfall mit Anfragen oder Empfehlungen direkt an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW wenden.*

-.-.-

**Zu Punkt 4.4 Mittelverwendung schulische Inklusion**

Beratungsgrundlage:  
Drucksachenummer: 0960/2014-2020

**Zu Punkt 4.4.1 Antwort des Amtes für Schule**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf die mit der Einladung versandte Antwort des Amtes für Schule.

Frau Röder teilt mit, dass sie noch eine Frage dazu habe, die sie aber Herrn Müller beim TOP 6 direkt stellen wolle.

- der Beirat nimmt Kenntnis -

-.-.-

**Zu Punkt 5 Anträge**

## **Zu Punkt 5.1 Projekt "Die freundliche Toilette"**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0703/2014-2020

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den mit der Einladung versandten Antrag des Seniorenrates und stellt zur Abstimmung, sich dem Antrag anzuschließen.

Herr Donath gibt zu bedenken, dass die Antwort der Verwaltung voraussichtlich in der Seniorenratssitzung im Februar vorliegen werde, und dass daraufhin der Antrag evtl. konkretisiert werden müsse.

Auf Nachfrage teilt Herr Jung mit, dass im Rat noch keine Entscheidung über Fördermittel für das Projekt gefallen sei.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat den Beschluss, sich dem Antrag des Seniorenrates anzuschließen.

### Beschluss:

**Die Verwaltung wird gebeten, einen Bericht über alle öffentlich zugänglichen Toiletten im Stadtgebiet von Bielefeld vorzulegen.**

**Darin enthalten sein sollten u. a. Angaben über**

- 1. die Kosten für den Unterhalt und evtl. für die Nutzerinnen bzw. Nutzer**
- 2. die Nutzungsmöglichkeiten für Behinderte**
- 3. die Öffnungszeiten**
- 4. die Art, Häufigkeit und Sichtbarkeit von Hinweisschildern für die Bürgerinnen bzw. Bürger**
- 5. den Stand der Verhandlungen mit dem Hotel- und Gaststättengewerbe zur sog. „Freundliche(n) Toilette“**
- 6. die Vergleichbarkeit mit anderen Städten vergleichbarer Größe, wie z. B. Münster**

- einstimmig beschlossen -

-----  
*Im Nachgang der Sitzung wird von Herrn Hellermann, Amt für Verkehr, mitgeteilt, dass der Seniorenrat sich mit dem Thema erst in der März-Sitzung beschäftigen werde.*



**Zu Punkt 6**

**Schulträgerzustimmung zur Einrichtung des 'Gemeinsamen Lernens' gemäß § 20 Abs. 5 Schulgesetz (SchG) an weiteren Primar- und Sekundarstufe I - Schulen der Stadt Bielefeld zum Schuljahr 2015/2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0874/2014-2020

Herr Müller erläutert die Vorlage und bittet darum, der Verwaltung die ausnahmsweise unglückliche Sitzungsfolge aus Gründen der Dringlichkeit nachzusehen. Der Schul- und Sportausschuss habe der Vorlage bereits einstimmig zugestimmt.

Frau Röder bedankt sich für die fortschreitende Inklusionsumsetzung im Schulbereich und stellt weitere Fragen.

Herr Müller beantwortet die Fragen wie folgt:

Eine detaillierte Auskunft über die Mittelverwendung sei noch nicht möglich, u. a. weil die Schulen alle unterschiedliche Vorstellungen darüber hätten. Das Geld vom Land reiche außerdem nicht aus. Es werde darüber nachgedacht, die Einzelfallhilfen zugunsten von systemischen Hilfen zu kürzen.

Herr Imorde spricht sich gegen die Kürzung von Individualansprüchen aus.

Auf Nachfrage teilt Herr Müller mit, dass im diesjährigen Planverfahren für die Sekundarstufe I 105 von 119 Schülern im Förderschwerpunkt Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung (LSE) seien:

- Lernen: 52
- Sprache: 18
- emotionale und soziale Entwicklung: 35

Die übrigen Bereiche seien folgendermaßen besetzt:

- körperliche und motorische Entwicklung: 6
- geistige Entwicklung: 5
- hören: 3
- sehen: 0

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Schul- und Sportausschuss der Bezirksregierung Detmold nach Anhörung bzw. Beteiligung der jeweiligen Schulkonferenzen die Schulträgerzustimmung für die Einrichtung des Gemeinsamen Lernens gemäß § 20 Schulgesetz in der Fassung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes vom 05.11.2013 zum Schuljahr 2015/2016 zu erteilen:**

**Grundschulen:**

- Plass-Schule
- Grundschule Brake
- Grundschule Stieghorst

**Weiterführende Schulen:**

- Gertrud-Bäumer-Schule
- Realschule Jöllenbeck
- Max-Planck-Gymnasium
- Ceciliengymnasium

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 7**

**Schulentwicklungsplanung für Förderschulen, hier: Schulverbund der Hamfeldschule mit der Schule am Kupferhammer**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0830/2014-2020

Herr Müller erläutert die wesentlichen Punkte der Vorlage und weist darauf hin, dass im Zuge des Gemeinsamen Lernens an Regelschulen ein deutlicher Schülerrückgang an Förderschulen zu verzeichnen sei. Um möglichst beide Standorte erhalten zu können, sei ein Schulverbund favorisiert worden. Dadurch eingesparte Mittel würden in das derzeitige Haushaltssicherungskonzept einfließen.

Frau Röder erfragt, ob die Förderschulen des LWL, insbesondere die Opticus-Schule und die Westkampfschule, ebenfalls betroffen seien.

An den LWL soll eine entsprechende Anfrage gerichtet werden.

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt:**

**1. Die Schule am Kupferhammer, städt. Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache im Stadtbezirk Brackwede sowie die Hamfeldschule, städt. Förderschule mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung (Primarstufe) und Sprache im Stadtbezirk Schildesche werden zum Schuljahr 2015/16 zu einer Verbundschule mit dem Hauptstandort Hamfeldstraße 10 und dem Teilstandort von-Möller-Straße 54 umgewandelt. Der Förderschwerpunkt Emotionale und soziale Entwicklung wird auf die Sekundarstufe I erweitert.**

**2. Wenn in den darauffolgenden Schuljahren die Schülerzahlen am**

**Hauptstandort oder am Teilstandort die Zahl von 72 Schülerinnen und Schülern unterschreitet, wird der Schulbetrieb am Teilstandort eingestellt und alle Schülerinnen und Schüler nur noch am Hauptstandort unterrichtet. Die Wahl einer anderen (Förder-)Schule durch die Eltern ist möglich.**

**3. Für das frei werdende, umfassend sanierte Schulgebäude von-Möller-Straße 54 sind geeignete schulische Folgenutzungsmöglichkeiten zu prüfen. Die Nutzung durch die benachbarte Brocker Schule (Grundschule), Mülheimer Straße 18, soll Priorität haben. Die für das Jahr 2015 geplante Sanierung der Brocker Schule (Schulbausanierungsprogramm) wird deshalb erneut zurückgestellt. Im Fall der Verlagerung der Brocker Schule unterbleibt die Sanierung des derzeitigen Schulgebäudes, der Schulstandort wird aufgegeben und das Grundstück immobilienwirtschaftlich verwertet.**

**4. Die Schulkonferenzen der genannten Schulen sind anzuhören.**

- einstimmig beschlossen -

-----  
*Im Nachgang der Sitzung teilt Herr Reß, LWL, auf die Anfrage mit: „Die von Ihnen angefragten LWL-Schulen in Bielefeld (Opticus-Schule und Westkampschule) sind aus Sicht des Schulträgers LWL nicht in ihrem Erhalt gefährdet. Beide liegen aktuell deutlich über der erforderlichen Mindestgröße gemäß § 82 Abs. 10 Schulgesetz NRW i.V.m. § 1 Abs. 4 der Mindestgrößenverordnung. Diese beträgt bei den Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation (Westkampschule) sowie Sehen (Opticus-Schule) 110 Schülerinnen und Schüler, wobei hier die Kinder in der pädagogischen Frühförderung sowie die extern in allgemeinen Schulen betreuten Kinder mitgezählt werden. So verfügt die Opticus-Schule im Sinne der Mindestgrößenverordnung gemäß unserer letzten Schulstatistik (Stand: 15.10.2014) insgesamt über 229 Schülerinnen und Schüler (Schülerzahl: 82; Frühförderung: 92; Externe Betreuung: 55) und die Westkampschule über 343 Schülerinnen und Schüler (Schülerzahl mit Förderschulkindergarten: 128, Frühförderung: 107; Externe Betreuung: 108).*

*Bitte beachten Sie, dass sich diese genannten Zahlen auf das jeweilige überregionale Einzugsgebiet der einzelnen LWL-Schule beziehen, welches sowohl bei der Opticus-Schule als auch bei der Westkampschule weit über das Gebiet der Stadt Bielefeld hinausreicht. Dementsprechend kommt nur ein Teil der Schülerinnen und Schüler aus dem Gebiet der Stadt Bielefeld.*

*Sofern dieses für Sie von Interesse ist, können Sie im Internet auf unserer Homepage im Bereich der „Interaktiven Westfalenkarte“ und der „LWL-Schulstatistik“ weitere Informationen erhalten und insbesondere einen regionalen Überblick bekommen. Hier kann jeder örtliche Schulträger – in Ihrem Fall die Stadt Bielefeld – für alle LWL-Schulen „seine“ Zahlen differenziert entnehmen.*

Interaktive Westfalenkarte:

<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/Schulen/Schulentwicklungsplanung/>

<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/Schulen/Schulentwicklungsplanung/bielefeld>

LWL-Schulstatistik:

<http://www.lwl.org/LWL/Jugend/Schulen/Service/stat/schulstatistik>

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung. Ansonsten können Sie mich zum Thema Inklusion bei Bedarf auch gerne generell ansprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Christian Reß

Leiter der LWL-Schulverwaltung Bielefeld

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)

LWL-Schulverwaltung Bielefeld

Westkampweg 85

33659 Bielefeld

Tel.: 0521 40429-210

Fax: 0521 40429-222

[Christian.Reß@lwl.org](mailto:Christian.Reß@lwl.org)

-.-.-

**Zu Punkt 8**

### **Vorstellung des Wohnungsmarktberichtes 2014**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0620/2014-2020

Herr Hagedorn stellt den Wohnungsmarktbericht 2014 vor (**Anlage 1**). Er weist insbesondere darauf hin, dass für jeden Umbau zum Abbau von Barrieren und auch für jeden Neubau Förderungen beantragt werden können.

Fragen von Frau Röder, Herrn Winkelmann und Frau Niemeyer werden beantwortet.

Der Beirat nimmt Kenntnis.

-.-.-

Sitzungspause: 10.25 Uhr bis 10.35 Uhr

**Zu Punkt 9**

### **Haushaltsplan 2015**

**Zu Punkt 9.1**

### **Haushaltsplan 2015 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0835/2014-2020

Herr Feix gibt allgemeine Informationen zum Haushaltsplanentwurf 2015 und erläutert die Beratungsunterlagen.

Herr Markus erläutert die behindertenrelevanten Haushaltspositionen.

Frau Röder bittet um eine Aufstellung für den Bereich der kommunal geförderten Angebote bei freien Trägern (**Anlage 2**).

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem SGA, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

1. Den **Zielen und Kennzahlen**  
der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** unter Einschluss der Veränderungsliste gem. Anlage 3

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.66	SGA, Seniorenrat, Beiräte	168 €	132.683 €	132.515 €
11.05.01	Grundsicherung für Arbeit	40.439.008 €	107.119.599 €	66.680.591 €
11.05.02	Sicherung des Lebensunterhalts	35.565.242 €	53.303.505 €	17.738.264 €
11.05.03	Besondere soziale Leistungen	9.274.634 €	61.570.786 €	52.296.152 €
<b>Summen</b>			<b>85.279.052 €</b>	<b>22.126.573 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe 11.05.01

investive Einzahlungen = 0 €, investive Auszahlungen = 45.200 €

Produktgruppe 11.05.03

investive Einzahlungen = 22.000 €, investive Auszahlungen = 17.000 €

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

4. Den speziellen **Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 für den Haushaltsplan 2014 wird zugestimmt.

5. Dem **Stellenplan 2015** für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt – wird zugestimmt

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

## **Zu Punkt 9.2 Haushaltsplan 2015 für das Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0787/2014-2020

Herr Hanke erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass sich bei der Übertragung der Einzelbeträge aus den unterschiedlichen SAP-Anwendungen in die detaillierten Erläuterungen zu den Haushaltsansätzen (= Anlage 2 der Vorlage, Seite 11 bis 14) leider Fehler eingeschlichen hätten und bittet darum, das Versehen zu entschuldigen. Die Korrekturen hätten keinen Einfluss auf die im Beschlussvorschlag und in der Begründung aufgeführten Beträge; Anlage 2 sei kein Bestandteil des Beschlussvorschlags und diene lediglich der Erläuterung. Folgende Korrekturen seien erforderlich:

Seite 12, lfd. Nr. 11 (Personalaufwand):

- Hier stehe in der Spalte „Entwurf 2015“: 21.449.071 €. Richtig müsse es lauten: 22.018.470 €.

Seite 13, zu lfd. Nr. 3 (Sonstige Transfererträge):

- Hier stehe in den Spalten „Ansatz 2014“ und „Entwurf 2015“: 5.480.000 €. Richtig müsse es an beiden Stellen lauten: 5.840.000 €.

Seite 13, lfd. Nr. 15 (Transferaufwendungen):

- Hier stehe in der Spalte „Ansatz 2014“: 55.444.110 €. Richtig müsse es lauten: 56.105.813 €.
- Hier stehe in der Spalte „Entwurf 2015“: 56.105.813 €. Richtig müsse es lauten: 59.237.192 €.

Seite 14, lfd. Nr. 11 (Personalaufwand):

- Hier stehe in der Spalte „Ansatz 2014“: 1.444.221 €. Richtig müsse es lauten: 1.620.348 €.
- Hier stehe in der Spalte „Entwurf 2015“: 1.620.348 €. Richtig müsse es lauten: 1.645.173 €.

Außerdem macht Herr Hanke im Auftrag der Kämmerei folgende ergänzende Mitteilung:

In den Jahren 2016 – 2018 sollen insgesamt 15,4 Mio. € vorwiegend auf der Aufgabenseite konsolidiert werden.

Zum einen sollen in den Jahren 2016 – 2018 durch verschiedene Maßnahmen 8 Mio. € eingespart werden. Das entspreche 5 % des Personalkostenetats. Im Personalbudget sei ein entsprechender Platzhalter enthalten. Davon seien 2 Mio. € vom Jugendamt zu erbringen.

Zum anderen sei in 2018 im Budget des Jugendamtes zusätzlich 1 Mio. € im Bereich der Projekte wie Präventionsmaßnahmen im Jugendhilfebereich einzusparen. Im Budget sei für 2018 ein entsprechender Platzhalter in der Produktgruppe Förderung von Kindern/Prävention enthalten.

In den zukünftigen Haushaltsplanberatungen seien die Platzhalter zu konkretisieren.

Herr Hanke beantwortet Fragen von Frau Röder und Herrn Dr. Bruder.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen und der damit verbundenen Anpassung der Elternbeitragssatzung beschließt der Beirat folgenden Prüfauftrag:

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen fordert die Verwaltung auf, bei der Berechnung des Einkommens für die Bemessung der Elternbeiträge die behinderungsbedingten Nachteilsausgleiche nicht als Einkommen zu berücksichtigen.**

**Begründung:**

Menschen erhalten Nachteilsausgleiche wie z. B. Blindengeld, Pflegegeld für Angehörige etc. Diese sind zum direkten Ausgleich der Nachteile vorgesehen und nicht als Einkommen zu berücksichtigen.

**Beschluss:**

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem JHA, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 wird zugestimmt.

2. Den Teilergebnisplänen unter Einschluss der Veränderungsliste gem. Anlage 4 der

<b>Produkt-gruppe</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>mit ordentlichen Erträgen</b>	<b>mit ordentlichen Aufwendungen</b>	<b>Ergebnis (Budget)</b>
11.01.67	JHA, UA Jugendhilfe, Mädchenbeirat, Bündnis f. Familie	24 €	72.100 €	<b>72.076 €</b>
11.05.07	Unterhaltsvorschu ss	4.598.969 €	6.097.935 €	<b>1.498.966 €</b>
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	57.713.666 €	127.807.612 €	<b>70.093.946 €</b>
11.06.02	Förderung von Familien	11.402.340 €	69.777.907 €	<b>58.375.567 €</b>
11.06.03	Unterstützung in rechtlichen Verfahren	626 €	2.014.187 €	<b>2.013.561 €</b>
<b>Summen</b>		<b>73.715.625 €</b>	<b>205.769.741 €</b>	<b>132.054.116 €</b>

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Beschlüsse gefasst werden.

Den **Teilfinanzplänen A und B** der

<b>Produktgruppe</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Investive Einzahlungen</b>	<b>Investive Auszahlungen</b>	<b>Ergebnis (Budget)</b>
11.06.01	Förderung von Kindern / Prävention	110.000 €	337.684 €	227.684 €
11.06.02	Förderung von Familien	10.000 €	77.998 €	67.998 €
<b>Summen</b>		<b>120.000 €</b>	<b>415.682 €</b>	<b>295.682 €</b>

wird zugestimmt, sofern im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppen 11.01.67, 11.05.07, 11.06.01, 11.06.02 und 11.06.03 für den Haushaltsplan 2015 wird zugestimmt.

4. Dem **Stellenplanentwurf 2015** für das Amt für Jugend und Familie -Jugendamt- wird zugestimmt.

5. Der **Fortschreibung der HSK-Maßnahmen** Nr. 237 bis 252 und **HSK-Plus-Maßnahmen** 254Vc bis 254Vh wird zugestimmt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -



-.-

### Zu Punkt 9.2.1 Erhöhungsantrag Fan-Projekt Bielefeld

Herr Hanke erläutert den als Tischvorlage verteilten Antrag vom Fan-Projekt Bielefeld (**Anlage 3**).  
Der Antrag wird kontrovers diskutiert. An der Diskussion beteiligen sich Vorsitzender Herr Baum, Herr Imorde, Frau Böllhoff und Frau Niemeyer.

#### Beschluss:

**Der Beirat für Behindertenfragen unterstützt den Erhöhungsantrag des Fanprojektes Bielefeld e. V..**

- mit Mehrheit bei zahlreichen Enthaltungen abgelehnt -

-.-

### Zu Punkt 9.3 Haushaltsplan 2015 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

#### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0813/2014-2020

Herr Linnenbürger erläutert den Haushaltsplanentwurf 2015 des Büros für Integrierte Sozialplanung und Prävention.

Es gibt keine Fragen.

#### Beschluss:

**Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem SGA, dem Rat zu empfehlen, den Haushaltsplan 2015 mit den Plandaten für die Jahre 2016 bis 2018 wie folgt zu beschließen:**

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	Bezeichnung	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Ergebnis
11.01.31	Integrierte Sozialplanung und Prävention	62.000 €	886.913 €	824.913 €
<b>Summen</b>		<b>62.000 €</b>	<b>886.913 €</b>	<b>824.913 €</b>

wird zugestimmt, soweit im Einzelfall keine abweichenden Einzelbeschlüsse

gefasst werden  
(Anlage 1).

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.31 - investive Auszahlungen  
i.H.v. 2.600 € - wird zugestimmt (Anlage 2).

4. Dem Stellenplan 2015 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention  
-540- wird zugestimmt (Anlage 3).

- einstimmig beschlossen -

---

Sitzungspause: 11.25 Uhr – 11.35 Uhr

**Zu Punkt 10      Öffentlichkeitsarbeit**

**Zu Punkt 10.1    Einwohnerfragestunde und Bürgersprechstunde**

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor die Einwohnerfragestunde bei den Sitzungen und evtl. auch das Angebot der Bürgersprechstunde wegfallen zu lassen.

Einige Mitglieder äußern sich dagegen. Frau Niemeyer, Herr Imorde, Frau Hammes-Hofmann, Herr Jung, Herr Winkelmann, Herr Heuer, Herr Dr. Bruder, Frau Eraslan, Frau Röder und Frau Hammes-Hofmann beteiligen sich an der Diskussion.

Herr Donath empfiehlt, die Bürgersprechstunde als rollierendes System z. B. mit den Arbeitskreissprechern zu besetzen.

Vorsitzender Herr Baum schlägt vor, die Art der Umsetzung der Bürgersprechstunde in der kommenden Sitzung im März zu beschließen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Beirat folgenden

**Beschluss:**

**Die Einwohnerfragestunde und die Bürgersprechstunde sollen erhalten bleiben.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

---

## **Zu Punkt 10.2 Aktualisierung des Flyers für den Beirat**

Vorsitzender Herr Baum verweist auf den mit der Einladung versandten aktualisierten Flyer und bittet darum Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge zu machen. Er weist darauf hin, dass der Geschäftsführung die Arbeitskreissprecher genannt werden sollen.

Mit der Nennung der Telefonnummern der Arbeitskreissprecher im Flyer erklären sich die Mitglieder einverstanden. Frau Hammes-Hofmann bittet darum statt der Festnetznummer ihre Handynummer einzutragen.

Frau Röder bittet um Ergänzung der Aufgabenbeispiele um die Bereiche Bildung und Sport.

Es wird außerdem angeregt, die Bürgersprechstunde in den Flyer mit aufzunehmen.

Auf Anfrage von Frau Böllhoff erklärt Vorsitzender Herr Baum, dass der Flyer in schwarzer Schrift auf gelbem Papier gedruckt werden solle. In der nächsten Sitzung soll nach Einarbeitung der vorgebrachten Änderungsvorschläge über den Flyer abgestimmt werden.

---

## **Zu Punkt 10.3 Aktionen**

Um die Arbeit des Beirates in die Öffentlichkeit zu bringen, bittet Vorsitzender Herr Baum die Mitglieder darum, bis zur nächsten Sitzung Vorschläge für Aktionen zu machen. Er führt als Beispiel an, dass man Menschen mit einem Blindenstock ausprobieren lassen könnte, wie sie auf dem Rathausvorplatz zurechtkommen.

Die Presse soll mit einbezogen werden.

Frau Röder schlägt einen Stand vom Beirat auf dem Aktionstag vor.

---

## **Zu Punkt 10.4 Besichtigungen**

Folgende Besichtigungen werden vorgeschlagen:

- proWerk Bethel
- Laborschule
- Sekundarschule Bethel, gemeinsames Lernen
- Barrierefreie Musterwohnung

- Begegnungszentren Bethel
- Begegnungszentren BGW + Freie Scholle
- Projekte, die dem Beirat vorgestellt wurden: z. B. Umbau Stiftung Ummeln, Plettenbergstift
- VAMOS o. a. bei moBiel

Evtl. könnten die Besichtigungstermine auch mit einer Sitzung verbunden werden.

-.-.-

## **Zu Punkt 11 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)**

Frau Hammes-Hofmann berichtet aus dem Stadtentwicklungsausschuss, dass der Beschluss des Beirates für Behindertenfragen einen getrennten Geh- und Radweg an der Bodelschwinghstr. von „Am Frölenberg“ bis „Eggeweg“ einzurichten, formell abgelehnt werden musste. Dieser sei an der Stelle nicht umzusetzen. Die Verwaltung sei allerdings beauftragt worden, eine sinnvolle Trennung des Geh- und Radweges zu beraten.

Frau Röder berichtet über die Umbenennung der zusammengelegten Förderschulen „Bonifatius-“ und „Tieplatzschule“ in „Ernst-Hansen-Schule“ aus der Sitzung des Schul- und Sportausschusses. Es gäbe außerdem einen Prüfauftrag zur evtl. Zusammenlegung und Standortbestimmung von der Hellingskamp- und Josefschule.

Herr Imorde berichtet über behindertenrelevante Themen aus dem Sozial- und Gesundheitsausschuss:

- Sozialticket bis 2015 gesichert
- Urteil des Bundessozialgerichtes zu behinderten Erwachsenen, die im Elternhaus leben – noch in Diskussion
- Regelsätze zum 01.01.2015 gestiegen
- Krisendienst der Stadt Bielefeld gehört jetzt zum Gesundheits-Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Herr Huhn berichtet aus dem Kulturausschuss und bittet darum, für die nächste Sitzung die Broschüren „Zeitsprung“ vom Zeittheater zu besorgen.

Herr Winkelmann berichtet aus dem Seniorenrat. Vorsitzender Herr Baum möchte mit Herrn Dr. Aubke über den Antrag „Sicherheit im öffentlichen Raum“ sprechen.

Frau Hammes-Hofmann berichtet über den Arbeitskreis „Bebaute Umwelt und Verkehr“. Die aktuellen Themen sind:

- Umbau Citypassage
- moBiel: Linie 2, Milse/Altenhagen
- Technisches Dienstleistungszentrum
- E-Scooter

-.-.-

**Zu Punkt 12**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 12.1**    **Beauftragter Barrierefreiheit**

Herr Lewald informiert über die neue Arbeitsgruppe für Inklusionsplanung und den Vorschlag des Dezernates 4, die Aufgaben eines Beauftragten für Barrierefreiheit in die Arbeitsgruppe zu delegieren. Ihm sei bewusst, dass die Aufgaben eines Barrierebeauftragten sehr vielfältig und vielschichtig seien, und dass eine Verbindung zwischen dem Beirat und der Verwaltung notwendig sei. Es gäbe allerdings große Vorbehalte von Seiten der Politik, und die Finanzlage der Stadt Bielefeld ließe auch keine Stelle für einen Barrierebeauftragten zu. Er biete allerdings an, persönlich als Ansprechpartner und Bindeglied zwischen Beirat und Arbeitsgruppe bzw. den unterschiedlichen Ämtern im Dezernat 4 zur Verfügung zu stehen.

Auf Anfrage erklärt Herr Lewald, dass die Koordination auch nach Abarbeitung der Aufgaben der Arbeitsgruppe für Inklusionsplanung fortgesetzt werden könne.

Vorsitzender Herr Baum, Herr Burkat, Frau Röder, Herr Dr. Bruder und Frau Hammes-Hofmann beteiligen sich an dem Gespräch.

**Beschluss:**

**Unter den gegebenen Umständen nimmt der Beirat für Behindertenfragen das Angebot von Herrn Lewald, als Ansprechpartner für das Dezernat 4 zur Verfügung zu stehen, an und bedankt sich dafür recht herzlich.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 13**      **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Baum stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.